



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und
Fraktion (AfD)

Klimaschutzpolitik auf Kosten der Baubranche? Anhörung zu den Auswirkungen der nationalen CO₂-Abgabe auf das bayerische Baugewerbe

Der Landtag wolle beschließen:

Der zuständige Ausschuss führt eine Sachverständigenanhörung zu den Auswirkungen der nationalen CO₂-Abgabe („CO₂-Bepreisung“) auf das Baugewerbe im Freistaat durch.

Begründung:

Die Baubranche trägt nur rund ein Prozent zu den gesamten CO₂-Emissionen Deutschlands bei. Die energiebezogenen Kosten der Unternehmen sind jedoch innerhalb eines Jahres um rund 36 Prozent gestiegen. Mitverantwortlich für die ständig steigenden Energiekosten ist die nationale CO₂-Bepreisung. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Abgabe auf das Baugewerbe sind bisher nicht ausreichend bekannt. Der Zentralverband des deutschen Baugewerbes geht für 2025 von einem Umsatzrückgang in Höhe von 2,5 Prozent aus. Bereits im Jahr 2024 ging der Umsatz der Branche real um 4 Prozent zurück.

Weitere finanzielle Belastungen führen zwangsläufig zu steigenden Baukosten und damit zu weiteren Auftragseinbrüchen. Nachdem die nationale CO₂-Bepreisung politisch gesteuert mit jedem Jahr ansteigt, droht dem Bauhauptgewerbe ein Kahlschlag mit entsprechenden Auswirkungen auf den Wohnungsbau, Sanierungsmaßnahmen etc. Gleichzeitig führen steigende Baukosten zu steigenden Mietpreisen und verschärfen damit die sozialen Verwerfungen im Wohnungsmarkt. Eine Sachverständigenanhörung zu den Auswirkungen der CO₂-Bepreisung auf das bayerische Baugewerbe soll nun eine erste Datengrundlage für gezielte politische Maßnahmen zur Unterstützung der Branche liefern.